

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Erstes Kapitel: Praxisbeispiel	1
1. Vorbemerkung	1
2. Auswertung der Akten des Amtes für Soziale Dienste	1
3. Schlussfolgerungen	39
4. Konsequenzen und Maßnahmen	46
4.1 Personelle Konsequenzen und Maßnahmen	46
4.2 Durch das Ressort und das Amt für Soziale Dienste veranlasste Maßnahmen	47
4.3 Sonstige erforderliche Maßnahmen und Handlungsansätze	47
5. Anmerkungen zum Praxisbeispiel	51
5.1 Individuelles Fehlverhalten	51
5.2 Strukturelle Mängel	53
5.3 Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis	54
5.4 Schlussbemerkung	57
6. Bemühungen um einen besseren Kinderschutz	57
6.1 Frühe Hilfen	58
6.1.1 Geförderte Modellprojekte	59
6.1.2 Das Nationale Zentrum »Frühe Hilfen« als bundesweite Plattform	60
6.2 Bundesgesetzliche Regelungen zur Stärkung des Kinderschutzes	62
6.2.1 Gesetz zur Erleichterung familiengerichtlicher Maßnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls	62
6.2.2 Besserer Schutz im Vorfeld des gerichtlichen Verfahrens	64
6.2.3 Kinderförderungsgesetz	64
6.2.4 Früherkennungsuntersuchungen	64
6.2.5 Entwurf eines Kinderschutzgesetzes	65
6.2.6 Das neue Verfahren in Familiensachen	68
7. Zukünftige Anforderungen an einen aktiven Kinderschutz	71
7.1 Schnittstellen zwischen den Systemen Jugendhilfe und Gesundheitshilfe	71
7.2 Rechtsgrundlagen für die Tätigkeit der Familienhebammen verbessern	72
7.3 Kooperationspflichten für die einzelnen Systeme ausbauen	72
7.4 Datenbasis für den Kinderschutz erweitern	73
8. Vorschläge der Arbeitsgruppe »Familiengerichtliche Maßnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls – § 1666 BGB«	73
8.1 Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Familiengericht und Jugendamt	73
8.2 Fortbildung und fallübergreifende interdisziplinäre Zusammenarbeit	74
8.3 Gefährdung des Wohls des ungeborenen Kindes	74
8.4 Qualitätssicherung in der Vormundschaft und Pflegschaft	75
8.5 Kinder und Jugendliche in Pflegefamilien	75
	XI

9.	Daten und Fakten: Kindesvernachlässigung und -misshandlung	76
9.1	Begriffsbestimmung	76
9.2	Formen von Vernachlässigung	76
9.3	Daten	77
9.3.1	Vernachlässigung	77
9.3.2	Erziehungsgewalt/körperliche Misshandlung	77
9.3.3	Kindstötung	77
9.3.4	Eingriffe in die elterliche Sorge	78
9.3.5	Hilfen zur Erziehung bei unter 6-Jährigen	78
9.4	Kindeswohlgefährdung	78
10.	Kinder psychisch, sucht- und körperlich kranker Eltern	80
11.	Gesundheitsförderung durch die Kinder- und Jugendhilfe	81
12.	Strafrechtliches Risiko bei ungenügendem Kinderschutz – Garantenstellung	90
Zweites Kapitel: Normative Grundlegung		93
1.	Erziehungsanspruch junger Menschen und öffentliche Jugendhilfe	93
2.	Auftrag der Jugendämter	95
3.	Das Recht der elterlichen Sorge	98
4.	Rechte von Kindern und Jugendlichen – Verfahrensbeistandschaft	107
5.	Das Wohl des Kindes	110
5.1	Gefährdung des Kindeswohls	113
5.2	Elterliche Trennung und Kindeswohl	116
6.	Sexueller Missbrauch	119
7.	Hilfen zur Erziehung	123
7.1	Hilfeplanung	130
7.2	Aushandlungskompetenz und sozialpädagogische Diagnostik	131
7.3	Hilfeplanverfahren – Anspruch und Wirklichkeit	132
7.4	Phasen des Hilfeprozesses (Schaubild)	134
8.	Das Recht der Ehescheidung	134
8.1	Ehescheidung	135
8.2	Scheidungsfolgen	136
8.3	Unterhalt des geschiedenen Ehegatten	137
8.4	Statistik: Gerichtliche Ehelösungen	139
8.5	Eheschließungen und Scheidungen – Statistische Ergebnisse	140
8.6	Wirtschaftliche Folgen von Trennung und Scheidung	140
9.	Gewaltschutzgesetz	144
Drittes Kapitel: Jugendhilfe		147
1.	Definitionsversuche	147
2.	Auftrag der Jugendhilfe	147
3.	Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen	148
3.1	Wandel familialer Lebensformen	150
3.2	Jugendstudien	151
3.2.1	UNICEF-Bericht zur Lage von Kindern in Deutschland	151

3.2.2	Die 15. Shell Jugendstudie	157
4.	Reform des Jugendhilferechts	170
4.1	Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG/SGB VIII)	171
4.1.1	Erstes Gesetz zur Änderung des Achten Buches Sozialgesetzbuch	174
4.1.2	Zweites Gesetz zur Änderung des SGB VIII	175
4.1.3	Weitere Änderungen des SGB VIII und Neubekanntmachung	175
4.2	Gesetz zum qualitätsorientierten und bedarfsgerechten Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder vom 27.12.2004 (Tagesbetreuungsausbau- gesetz – TAG)	177
4.2.1	Bedarfsgerechtes Angebot für Kinder unter drei Jahren	177
4.2.2	Qualitätsmerkmale in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege	177
4.2.3	Aufwertung der Kindertagespflege zu einer qualitativ gleichrangigen Alternative	178
4.2.4	Sicherung des weitergehenden Versorgungsniveaus in einzelnen Ländern	179
4.2.5	Übergangsregelungen zum stufenweisen Ausbau der Kinderbetreuung in den alten Bundesländern	179
4.2.6	Landesvorbehaltsrecht und Öffnungsklausel	179
4.3	Gesetz zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe (Kinder- und Jugendhilfeweiterentwicklungsgesetz – KICK)	179
4.3.1	Besserer Schutz des Kindeswohls	180
4.3.2	Stärkung der fachlichen und wirtschaftlichen Steuerungskompetenz des Jugendamtes	180
4.3.3	Stärkung der Selbstverantwortung der Eltern und Realisierung des Nachrangs der Jugendhilfe	181
4.3.4	Verwaltungsvereinfachung und Deregulierung	181
4.4	Gesetz zur Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtun- gen und in der Kindertagespflege vom 15.12.2008 (Kinderförderungs- gesetz – KiföG)	181
4.5	Gesetz zur Reform des Verfahrens in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FGG-Reformgesetz – FGG-RG)	182
5.	Standort des Jugendhilferechts	182
6.	Einbindung der Jugendhilfe in das Sozialgesetzbuch	183
7.	Einheit der Jugendhilfe	184
8.	Erziehungsziele in der Jugendhilfe	186
9.	Ausländische Minderjährige und Jugendhilfe	187
9.1	Haager Minderjährigenschutzabkommen (MSA)	188
9.2	Europäisches Fürsorgeabkommen	188
9.3	Weitere über- und zwischenstaatliche Regelungen	188
9.4	Geltungsbereich des SGB VIII	189
9.4.1	Rechtmäßiger Aufenthalt	189
9.4.2	Aussetzung der Abschiebung (Duldung)	190
9.5	Ausweisung	191
9.6	Jugendamt und Ausländerbehörde	191
9.7	Jugendhilfe für Ausländer (Schaubild)	192

Viertes Kapitel: Öffentliche und Freie Träger der Jugendhilfe	193
1. Aufgaben der Jugendhilfe nach dem SGB VIII	193
2. Träger der öffentlichen Jugendhilfe	194
2.1 Örtliche Ebene: Jugendämter	195
2.2 Überörtliche Ebene: Landesjugendämter	198
2.3 Landesebene: Oberste Landesjugendbehörden	199
3. Bundesebene	199
3.1 Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP)	200
3.2 Kinder- und Jugendberichte	201
4. Träger der freien Jugendhilfe	203
4.1 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe	204
4.2 Verhältnis von Trägern der öffentlichen und der freien Jugendhilfe	209
4.2.1 Förderung der freien Träger	209
4.2.2 Subsidiarität	210
4.2.3 Inanspruchnahme freier Träger	212
4.2.4 Neuregelung	212
4.3 Kooperationsbezüge nach dem SGB VIII (Schaubild)	215
Fünftes Kapitel: Organisation sozialer Dienste	217
1. Jugendamt	217
2. Verhältnis Sozialarbeiter und Verwaltungsfachkräfte	218
3. Diskussion um die Neuorganisation	219
3.1 Empfehlungen der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt)	222
3.2 Neuorganisation der Jugendämter	223
3.3 »Neue Steuerungsmodelle« der Sozialverwaltung	224
3.3.1 Outputorientierte Steuerung der Jugendhilfe	226
3.3.2 Leitfragen zur Steuerung	226
3.3.3 Implementierung der Neuen Steuerungsmodelle	228
3.4 Sozialraumorientierung	231
4. Sozialarbeiter und Aktenführung	232
4.1 Neubeurteilung der Aktenführung	234
4.2 Weiterentwicklung der Aktenführung	235
5. Sozialarbeiter und Klient/Bürger – Vertrauensschutz	237
5.1 Zeugnisverweigerungsrecht von Sozialarbeitern	238
5.2 Notwendigkeit einer Aussagegenehmigung	239
5.3 Schweigepflicht des Sozialarbeiters	239
5.4 Wahrung von Sozialgeheimnissen	241
5.5 Datenschutz und Verfassung	241
5.6 Gesetzlicher Sozialdatenschutz	242
5.6.1 Übermittlung von Sozialdaten nach SGB X	243
5.6.2 Schutz personenbezogener Daten gemäß SGB VIII	245
5.7 Datenschutz und Kinderschutz nach § 8a SGB VIII	247
5.8 Grundprinzipien des Datenschutzes und interne Schweigepflicht	247
5.9 Informantenschutz bei Hinweisen auf eine Kindeswohlgefährdung	248

Sechstes Kapitel: Beistandschaft, Amtspflegschaft, Amtsvormundschaft	249
1. Überblick über die Aufgaben	249
2. Beistandschaft	249
3. Amtsvormundschaft und Amtspflegschaft	251
4. Vaterschaftsfeststellung und Unterhaltssicherung	253
5. Sicherung des Unterhalts Minderjähriger	258
6. Aufgaben des Jugendamtes	259
7. Überblick über das Unterhaltsrecht	261
7.1 Zielsetzung	262
7.1.1 Erstes Ziel: Förderung des Kindeswohls	262
7.1.2 Zweites Ziel: Stärkung der nachehelichen Eigenverantwortung	263
7.1.3 Drittes Ziel: Vereinfachung des Unterhaltsrechts	264
7.2 Voraussetzungen eines Unterhaltsanspruches	265
7.3 Selbstbehalt	266
7.4 Art und Maß der Unterhaltsleistungen	266
7.5 Mindestunterhalt	267
7.6 Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen	267
7.7 Zwangsvollstreckung wegen Unterhaltsforderungen	268
8. Mitwirkung des Jugendamtes bei Vormundschaft und Pflegschaft	269
9. Statistik: Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft; Beistandschaft; Entzug der elterlichen Sorge	270
Siebtens Kapitel: Mitwirkung in gerichtlichen Verfahren	271
1. Überblick	271
2. Familiengerichtshilfe	274
2.1 Definition	274
2.2 Aufgaben des Jugendamtes	275
2.3 Auftrag des Jugendamtes	276
2.4 Jugendamt als Beteiligter im Familienverfahren	279
2.5 Anhörung des Jugendamtes nach § 162 FamFG	280
2.5.1 Herausgabe eines Kindes	280
2.5.2 Eingriff in Elternrechte gemäß § 1666 BGB	282
2.5.3 Regelung der elterlichen Sorge nach Elterntrennung und Scheidung	287
2.5.4 Umgang des Kindes mit den Eltern	292
2.5.5 Anhörung des Jugendamtes bei der Adoption	302
2.6 Ausführung gerichtlicher Anordnungen	303
3. Jugendgerichtshilfe	304
3.1 Bericht der Jugendgerichtshilfe	306
3.2 Rechtsstellung der Jugendgerichtshilfe	307
3.3 Funktion der Jugendgerichtshilfe	308
3.4 Zweites Jugendgerichtsänderungsgesetz	310
3.5 Statistik: Nach Jugendstrafrecht Verurteilte	311

Achtes Kapitel: Hilfen innerhalb der eigenen Familie	313
1. Erziehungsberatung	313
1.1 Grundsätze für Erziehungsberatungsstellen	313
1.1.1 Allgemeines	313
1.1.2 Aufgaben	314
1.1.3 Personelle Ausstattung	314
1.1.4 Arbeitsweise der Erziehungsberatungsstelle	314
1.2 Kontaktaufnahme mit der Beratungsstelle	315
1.3 Anmeldungsgründe	315
1.4 Statistik: Erziehungsberatung	317
2. Sonstige Beratungsdienste	319
2.1 Schwangerschaftskonfliktberatung	320
2.1.1 Der rechtliche Rahmen	320
2.1.2 Schwangerschaftsabbruch einer Minderjährigen	324
2.1.3 Statistik: Schwangerschaftsabbrüche 1999 bis 2003	326
2.2 Jugendberatung	328
2.3 Beratung in Fragen der Partnerschaft, Trennung und Scheidung	329
2.3.1 Zwang oder Freiwilligkeit?	330
2.3.2 Methoden der Beratung	331
2.3.3 Indikationen	332
2.3.4 Scheidungsvermittlung (Mediation)	332
2.3.5 Mediation und Rechtsberatung	337
3. Betreuung einzelner junger Menschen	338
3.1 Erziehungsbeistandschaft, Betreuungshilfe	338
3.2 Soziale Gruppenarbeit	339
3.3 Ergebnisse der Statistik	340
4. Sozialpädagogische Familienhilfe	342
4.1 Einsatz einer sozialpädagogischen Familienhilfe	342
4.2 Ausschlusskriterien und Mindestanforderungen	343
4.3 Aufgaben des Familienhelfers	344
4.4 Chancen	345
4.5 Schwierigkeiten und Hindernisse	345
4.6 Erfolg und Wirkung	346
4.7 Statistische Ergebnisse	347
5. Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz	349
5.1 Ausgangslage	349
5.2 Entwicklung des Kinder- und Jugendschutzes	349
5.3 Grundgesetzliche Verankerung	350
5.4 Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz als Aufgabe des Jugendamtes	351
5.5 Aufgaben nach dem Jugendschutzgesetz	353
5.6 Öffentlichkeitsarbeit	354

Neuntes Kapitel: Hilfen außerhalb der eigenen Familie	357
1. Erziehung in Kindertageseinrichtungen	357
2. Kindertagespflege	362
2.1 Geförderte Kinder in Tagespflege	363
2.2 Erlaubnisse zur Kindertagespflege (§ 43 SGB VIII)	364
3. Spielplätze	364
4. Jugendarbeit	365
4.1 Finanzierung der Jugendarbeit und Rechtsanspruch	368
4.2 Jugendsozialarbeit	369
5. Pflegekinderwesen	370
5.1 Pflegekindschaft	370
5.2 Rechtliche Regelung	372
5.3 Abgrenzung und Kritik	375
6. Adoption und Adoptionsvermittlung	377
6.1 Adoptionsvermittlung	377
6.2 Adoption – eine (nicht unproblematische) Form der Ersatzerziehung	378
6.3 Adoptionsrecht des BGB	379
6.4 Überblick über die Aufgaben des Jugendamtes in Adoptionsfällen	380
6.5 Adoptionsverfahren (Schaubild)	382
6.6 Zur Indikation von Familienpflege und/oder Adoption	383
6.7 Statistik: Adoptierte Kinder und Jugendliche	385
7. Heimerziehung, sonstige betreute Wohnform	387
7.1 Heimdiskussion	388
7.2 Probleme der Heimerziehung	389
7.3 Positive Entwicklungen in der Heimerziehung	391
7.4 Heimunterbringung	394
7.5 Leistungen und Grenzen von Heimerziehung	398
7.5.1 Zentrale Ergebnisse der Aktenanalyse	399
7.5.2 Leistungsfelder der untersuchten Hilfen	399
7.6 Heimerziehung und Jugendpsychiatrie	402
7.7 Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen	406
7.7.1 Aufgaben des Jugendamtes	408
7.7.2 Statistik: Vorläufige Schutzmaßnahmen	410
7.8 Geschlossene Unterbringung	412
7.8.1 Positionen zur geschlossenen Unterbringung	413
7.8.2 Zur Rechtmäßigkeit des Einschlusses	414
7.9 Intensivpädagogische Maßnahmen im Ausland	416
7.10 Mädchen in der Heimerziehung	417
7.11 Ausländische Kinder und Jugendliche	418
7.12 Tagesgruppen	418
7.13 Nachbetreuung	419
7.14 Hilfe für junge Volljährige	419
7.15 Schutz von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen	423
7.15.1 Erlaubnisvorbehalt – Versagung der Erlaubnis	423
7.15.2 Entzug der Betriebserlaubnis	424

7.15.3	Überprüfung an Ort und Stelle	424
7.15.4	Meldepflichten	425
7.15.5	Tätigkeitsuntersagung	425
7.15.6	Sonstige betreute Wohnform	425
7.15.7	Zuständigkeit	426
7.15.8	Landesrechtsvorbehalt	426
7.15.9	Bußgeld- und Strafvorschriften	426
8.	Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche .	427
8.1	§ 35a SGB VIII und Eingliederungshilfe nach SGB XII (Sozialhilfe)	428
8.2	Statistik: Eingliederungshilfe bei (drohender) seelischer Behinderung gemäß § 35a SGB VIII	431
9.	Straßensozialarbeit (»Street Work«)/Mobile Jugendarbeit	432
10.	Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung	433
11.	Statistik: Erzieherische Hilfen außerhalb des Elternhauses	435
11.1	Leistungsempfänger von Hilfe zur Erziehung	437
11.2	Erzieherische Hilfen von 1991 bis 2006	437
11.3	Eingeschränkte Erziehungskompetenz häufigster Grund für Heim- erziehung	438
11.4	Transferleistungen bei erzieherischen Hilfen	438
	Zehntes Kapitel: Hilfen für Alleinerziehende	441
1.	Problemlage	441
2.	Hilfen des Jugendamts	442
2.1	Beratung und Unterstützung nach § 18 SGB VIII	442
2.2	Beistandschaft	443
2.3	Weitere Hilfen	444
3.	Unterhaltsvorschuss	445
4.	Bundestiftung »Mutter und Kind«	446
5.	Koordination von Hilfen	446
6.	Statistische Angaben	447
	Elftes Kapitel: Wirtschaftliche Jugendhilfe	449
1.	Überblick	449
2.	Leistungen zum Unterhalt	450
3.	Zuständigkeit und Kostenerstattung	452
4.	Kostenbeteiligung	454
5.	Vereinbarungen über Leistungsangebote, Entgelte und Qualitäts- sicherung	457
	Zwölftes Kapitel: Jugendhilfeplanung	459
1.	Allgemeines	459
2.	Definition	459
3.	Planungsprozess	460
4.	Planungsgrundsätze	460
5.	Jugendhilfeplanungsprozess (Schaubild)	462

Dreizehntes Kapitel: Aufsichtspflicht und Haftung	465
1. Entstehen der Aufsichtspflicht	466
1.1 Kraft Gesetzes	466
1.2 Kraft Vertrages	466
2. Umfang der zivilrechtlichen Aufsichtspflicht	466
3. Rechtsprechung zur Aufsichtspflicht	468
4. Delegation der Aufsichtspflicht	470
5. Zivilrechtliche Folgen der Aufsichtspflichtverletzung	470
5.1 Schädigung des Aufsichtsbedürftigen	470
5.2 Schädigung Dritter durch den Aufsichtsbedürftigen	471
6. Haftung des Trägers	472
6.1 Staatshaftung (§ 839 BGB i.V.m. Art. 34 GG)	472
6.2 Haftung nach § 831 BGB	472
6.3 Haftung nach §§ 30, 31, 89 Abs. 1 BGB	472
7. Gesetzliche Unfallversicherung	473
8. Strafrechtliche Folgen der Aufsichtspflichtverletzung	474
8.1 § 171 StGB (Verletzung der Fürsorge- und Erziehungspflicht)	474
8.2 § 223 StGB (Körperverletzung)	474
8.3 § 225 StGB (Misshandlung von Schutzbefohlenen)	475
8.4 § 222 StGB (Fahrlässige Tötung)	475
9. Haftplichtversicherung	475
10. Drogen und Jugendhilfe	476
ANHANG	477
Empfehlungen zur Festlegung fachlicher Verfahrensstandards in den Jugendämtern bei Gefährdung des Kindeswohls	477
1. Vorbemerkungen	477
2. Zielsetzung der Empfehlungen	478
3. Die Empfehlungen im Einzelnen	479
3.1 Behandlung von Mitteilungen der Kindeswohlgefährdung	479
3.1.1 Erste Sofortreaktionen	479
3.1.2 Hausbesuch als erste Maßnahme	480
3.2 Bewertung der gewonnenen Erkenntnisse – Risikoeinschätzung	481
3.2.1 Risikoeinschätzung bei bisher nicht bekannten Familien	481
3.2.2 Risikoeinschätzung in Familien, die bereits im Rahmen der Jugendhilfe betreut werden	482
3.3 Risikoeinschätzung im Kontext der Hilfeplanung nach § 36 SGB VIII ...	483
3.3.1 Handlungsoptionen bei bestehender Hilfeakzeptanz	483
3.3.2 Handlungsoptionen bei nicht bestehender Hilfeakzeptanz	483
3.4 Anrufung des Familiengerichtes	484
3.5 Einschaltung anderer Institutionen	484
3.6 Standardisierte Dokumentation	485
3.7 Fallabgabe und Fallübernahme durch Zuständigkeitswechsel	485
3.8 Leistungserbringung durch einen Träger der freien Jugendhilfe	486
3.9 Beachtung des Datenschutzes	487

Inhaltsverzeichnis

3.9.1 Allgemeine Vorbemerkung 487

3.9.2 Datenerhebung 488

3.9.3 Datenübermittlung 489

Literaturverzeichnis 491

Stichwortverzeichnis 523